Ressort: Finanzen

Normenkontrollrat verlangt weniger Bürokratie beim Mindestlohn

Berlin, 30.01.2015, 09:05 Uhr

GDN - Der Nationale Normenkontrollrat (NKR) hat sich in den Streit um den Mindestlohn eingeschaltet und deutlich weniger Bürokratie verlangt. Der Rat habe "schon vor Verabschiedung des Mindestlohngesetzes darauf hingewiesen, dass durch die Einführung des Mindestlohns ein hoher Aufwand entstehen wird", sagte der NKR-Vorsitzende Johannes Ludewig der "Bild"-Zeitung (Freitagausgabe).

Dabei gehe es nicht nur um die durch die Zollverwaltung anfallenden Kosten von 80 Millionen Euro, "sondern auch auf den spürbaren Mehraufwand für die Wirtschaft durch die zusätzlichen Dokumentationspflichten". Ludewig erklärte, er unterstütze die Forderungen aus der Wirtschaft und die Absicht von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), "die Dokumentationspflichten zeitnah zu überprüfen und diese auf das unabdingbar Notwendige zu begrenzen". In Deutschland gilt seit dem 1. Januar 2015 erstmals ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro je Zeitstunde. Daneben gibt es in mehreren Branchen spezielle Branchenmindestlöhne, die während der Übergangszeit bis Ende 2017 den allgemeinen Mindestlohn noch unterschreiten dürfen.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-48845/normenkontrollrat-verlangt-weniger-buerokratie-beim-mindestlohn.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com